

# Wenn zwei sich streiten, leidet die Schweiz

Als Antwort auf die US-Zölle reguliert China die Ausfuhr seltener Erden strenger. Das trifft auch Schweizer Firmen. Von Simon Marti

Manchmal trifft der Zollhammer des US-Präsidenten die Schweiz direkt. 39 Prozent betragen die Zölle auf Ausfuhren in die USA, so hat es das Weisse Haus verfügt. Für die Pharmabranche könnte es noch dicker kommen: Donald Trump kündigte diese Woche an, Medikamente mit 100 Prozent Zoll zu belegen.

Andere Manöver Washingtons wirken verzögert, quasi über Umwege. Schmerhaft sind sie dennoch. Im April eskalierte der Handelskonflikt zwischen den USA und China. In der Folge zog Peking ein rigides Regime zur Kontrolle der Ausfuhr von seltenen Erden auf. Diese sind entscheidend für die Herstellung vieler Hightech-Produkte. Neodym zum Beispiel ist in starken Magneten enthalten, die etwa in Elektromotoren oder in der Medizinaltechnik verbaut werden.

China dominiert den Weltmarkt für etliche solcher Materialien. Entsprechend verletzlich sind westliche Firmen, wenn der Nachschub plötzlich versiegt. Das gilt auch für Schweizer Betriebe. Die

Klagen aus der Wirtschaft, wonach es schwierig, ja manchmal schier unmöglich sei, die nötigen Exportlizenzen zu ergattern, reissen nicht ab. Und sie beschäftigen nun die Politik. Elisabeth Schneider-Schneiter ist Nationalrätin und Vorstandsmitglied des Wirtschaftsdachverbandes Economiesuisse. «Ich erlebe Firmen, die schier verzweifeln an den Schikanen, die sie derzeit beim Import von Gütern aus China erleben», sagt die Mitte-Politikerin.

Die erste Anlaufstelle für solche Firmen ist oft der Verband der Tech-Industrie Swissmem. «Wir haben regelmässig Anfragen von Firmen mit Beschaffungsproblemen von Rohstoffen und Komponenten aus China», sagt Jean-Philippe Kohl, Vizedirektor und Leiter Wirtschaftspolitik bei Swissmem. «Das ist der Kollateralschaden des Handelsstreits zwischen China und den USA», so Kohl. Meist gehe es dabei um seltene Erden, aber nicht nur: «Jüngst haben wir eine Anfrage zu Titan erhalten», sagt er.

Das Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) erklärt auf Anfrage, dass beim Bund zwar «sporadisch» Anfragen von Firmen wegen Lieferproblemen aus China eingingen, sich die Situation aber inzwischen entspannt habe.

Eine von Swissmem im August durchgeföhrte Umfrage zeichnet ein anderes Bild. 385 Firmen nahmen daran teil. Dutzende Betriebe bezeichnen darin die erschwerte Beschaffung von Vorprodukten oder Komponenten, die kritische Rohstoffe wie seltene Erden enthalten, als «erhebliche» oder «starke» Belastung. «Das Problem stellt sich nicht flächendeckend, aber die Gefahr ist latent und verschwindet nicht von heute auf morgen», sagt Jean-Philippe Kohl. Man müsse davon ausgehen, dass die Problematik anhalte und immer wieder Unternehmen bei Beschaffungen in China auflaufen würden.

Manche Firmen verfügten noch über Lagerbestände für mehrere Monate, so der Swissmem-Vizedirektor. «Sind die aber erst einmal aufge-

braucht, dann gute Nacht.» Dann werde es für manche Betriebe rasch existentiell.

Der Bund will das Thema bei den laufenden Verhandlungen mit China zur Aktualisierung des Freihandelsabkommens aufbringen. Man setze sich für die Aufnahme zusätzlicher Bestimmungen ein, etwa «im Bereich der Exportbeschränkungen», schreibt das Seco. Der Ausgang dieser Gespräche ist freilich offen.

Derweil macht das Parlament Druck. Gegen den Willen des Bundesrates hat der Nationalrat letzte Woche eine Motion angenommen, die verlangt, beim Abschluss oder bei der Nachverhandlung von Freihandelsabkommen die Versorgung mit strategischen Rohstoffen zu regeln. «Als das Freihandelsabkommen mit China 2014 unterzeichnet wurde, war dies schlicht kein Thema», sagt Nationalrätin Schneider-Schneiter. Immerhin finde nun ein Umdenken statt. Für jene Betriebe, die derzeit händleringend Nachschub suchen, kommt diese Debatte reichlich spät.